

Stadtratssitzung vom 29. Juni 2017

Fragestunde F 5/2017

Städte kämpfen gegen Sparpläne bei der Sozialhilfe

Katharina Ali-Oesch (SP) vom 27. Juni 2017; Beantwortung

Wortlaut der Fragestunde

Dies ist der Titel eines Berichts im Thuner Tagblatt vom 9. Juni 2017. Laut Bericht erarbeiten verschiedene Städte und Gemeinden im Kanton unter der Leitung der Stadt Bern „alternative Optimierungsvorschläge“ für die Sozialhilfe. Damit wollen sie sich gemeinsam gegen die geplanten Kürzungen beim Grundbedarf wehren, welche Teil der Sparpläne von Fürsorgedirektor Pierre Alain Schnegg sind. Thun ist als drittgrösste Stadt im Kanton nicht dabei wie im Bericht von Stadtpräsident Raphael Lanz bestätigt wird.

Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen Gründen macht die Stadt Thun nicht mit bei der Erarbeitung der alternativen Vorschläge?
2. Wann wurde das Vorhaben resp. der Verzicht auf die Mitarbeit im Gemeinderat diskutiert und entschieden?
3. Weshalb gibt Stadtpräsident Raphael Lanz Auskunft im Namen der Stadt Thun? Wäre das nicht Sache des Vorstehers der Direktion Sicherheit und Soziales?
4. Worauf begründet die Aussage von Stadtpräsident Raphael Lanz, „es habe sich abgezeichnet, dass keine gemeinsame Stossrichtung gefunden werden könne“?
5. Wie ist die Aussage von Stadtpräsident Raphael Lanz zu verstehen, „es ist klar, dass er nun erst einmal die politische Diskussion abwarten wolle“?

Antwort des Gemeinderates

Zu Frage 1: Aus welchen Gründen macht die Stadt Thun nicht mit bei der Erarbeitung der alternativen Vorschläge?

Der Gemeinderat hat gestützt auf eine politische und inhaltliche Gesamtbetrachtung auf eine Mitarbeit verzichtet.

Zu Frage 2: Wann wurde das Vorhaben resp. der Verzicht auf die Mitarbeit im Gemeinderat diskutiert und entschieden?

Das Vorhaben wurde an der Gemeinderatssitzung vom 18. Januar 2017 erstmals diskutiert. An der Gemeinderatssitzung vom 10. Mai 2017 wurde auf eine Mitarbeit verzichtet.

Zu Frage 3: Weshalb gibt Stadtpräsident Raphael Lanz Auskunft im Namen der Stadt Thun? Wäre das nicht Sache des Vorstehers der Direktion Sicherheit und Soziales?

Es kommt häufig vor, dass die Medien den Stadtpräsidenten als Vertreter des Gemeinderates zur Auskunfterteilung anfragen. Das weitere Vorgehen ist im Einzelfall zu beurteilen. Im vorliegenden Fall wurde der Stadtpräsident von der Berner Zeitung offenbar wegen seiner Teilnahme am regelmässigen Austausch der Stadtpräsidenten bernischer Städte vom 13. März 2017 zum Thema Sozialhilfe angefragt.

Zu Frage 4: Worauf begründet die Aussage von Stadtpräsident Raphael Lanz, „es habe sich abgezeichnet, dass keine gemeinsame Stossrichtung gefunden werden könne“?

An dieser Sitzung vom 13. März 2017 zum Thema Sozialhilfe und nach Gesprächen mit Exekutivmitgliedern verschiedener Städte und Gemeinden zeichnete sich für den Stadtpräsidenten ab, dass es kaum einen politischen Konsens in dieser Frage geben wird.

Zu Frage 5: Wie ist die Aussage von Stadtpräsident Raphael Lanz zu verstehen, „es ist klar, dass er nun erst einmal die politische Diskussion abwarten wolle“?

Die nächsten politischen Schritte sind von den zuständigen kantonalen Behörden vorzunehmen: Kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF), Regierungsrat, zuständige Kommission des Grossen Rates, Grosser Rat.

Thun, 28. Juni 2017

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller